

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

108 (14.5.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins L. u. S. gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jeberseit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.

Fernsprecher
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Reizeile oder deren Raum 25 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Werbung und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

Ein Krach in der Finanzkommission.

Berlin, 13. Mai. Das Heraldobureau meldet: In der Finanzkommission des Reichstages kam es heute zur Sprengung des Blocks. Im Verlauf der Beratungen brachte der Zentrumsalgeordnete Müller-Gulda einen neuen Vorschlag ein, für dessen Beratung auch die Konservativen eintraten. Das Projekt des Zentrums geht dahin, die Zinlandssteuer und den Zoll herabzusetzen und dafür die Vonderrolle einzuführen. Dieser Vorschlag sei erwägenswert, da er die Qualität der Fabrikate nicht beeinträchtigt, und doch Geld bringe. Die Regierung erklärte, dieser Weg sei gangbar, es komme nur darauf an, wieviel er einbringe. Von freimüthiger Seite wurde auch dieser Vorschlag bekämpft. Aus dem Kreise der Reichspartei wurde vorgeschlagen, den Fonds für Entschädigung einzuziehen. Der Abg. Biemer wandte sich lebhaft gegen den Vorschlag des Zentrums. Der Vorsitzende der Kommission, Dr. Raasche, erklärte nunmehr, daß entsprechend der Geschäftsordnung zunächst der Artikel 4 des geltenden im übrigen erledigten Entwurfes der Subkommission zur Abstimmung gestellt werden müsse. Dem wurde von konservativer Seite widerprochen, obgleich Dr. Raasche bemerkte, er müsse es sich unter diesen Umständen überlegen, ob er, wenn gegen die Geschäftsordnung verfahren würde, noch den Vorstoß in der Kommission behalten könne. Trotzdem wurde von konservativer Seite der ausdrückliche Antrag gestellt, die Beschlußfassung über den Artikel 4 auszusetzen. Hieran trat Dr. Raasche den Vorstoß an den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Spahn ab. Der Nationalliberale Dr. Weber erklärte nunmehr, daß nach dieser Vorgehensweise seines Parteifreundes er sich an der Beratung nicht mehr beteiligen könne. Unter allgemeiner Bedenken verließen die Nationalliberalen den Saal. In diesem Augenblick beantragte der Arbeiter die Vertagung der Sitzung auf morgen. Morgen wird die Fahrkartensteuer beraten werden. Unmittelbar nach Schluß der Sitzung teilte Abgeordneter Raasche in einem offiziellen Schreiben an den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Spahn mit, daß er den Vorstoß der Kommission niederlege. In den Kreisen der nationalliberalen Fraktion betrachtet man mit diesem Vorstöße den Bruch innerhalb der Blockparteien für endgültig. Die nationalliberale Partei wird ihren Vorstand zum nächsten Donnerstag nach Berlin einberufen, um zu der neuen Wendung der Lage Stellung zu nehmen.

Eine weitere Meldung des „Berliner Börsen-Couriers“ lautet: Die Liberalen wollen ihre fernere Mitarbeit an der Finanzkommission aufgeben, wenn nicht Herr Witlow eine bindende Erklärung dahin abgibt, daß er die Finanzreform nur im Rahmen der Wlopolitik machen wolle.

Wenn das richtig ist, dann legen sich die Liberalen hiermit vor aller Welt ins Unrecht. Es ist selbstverständlich ein unbilliger und verwerflicher Grund, daß Parteien bei einer notwendigen nationalen Aufgabe der Regierung Vorwürfe machen, mit welchen Parteien die Aufgabe durchgeführt werden müsse. Eine solche Ungehörlichkeit kann nur der Liberalismus verlangen, der die Wlopolitik lediglich als

Parteilichkeiten mitgemacht hat, um möglichst viele liberale Errungenschaften mit nach Hause nehmen zu können.

Wie sich die Ereignisse weiter entwickeln werden, steht noch nicht fest.

Der N.-Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, der sich gewöhnlich gut auskennt, schreibt in Nr. 133 2. Morgenblatt, er habe vor zwei Tagen bemerkt:

„Also eine konservativ-agrarische Finanzreform gegen die Linke, mit Beifügung der voraussichtlich in der Hauptsache den städtischen Besitz und das sogenannte mobile Kapital treffen würden! Ob das geschieht und ob sich Witlow dazu entschließt, muß man abwarten. Wir wagen nicht zu prophezeien.“

Dazu schreibt er nun:

„In der mittrauischen Vorsicht des letzten Satzes haben wir heute keine Veranlassung mehr; es ist kein Wagnis mehr, zu prophezeien. Die Sache wird sich so entwickeln, wie wir sie als eine der Möglichkeiten in den obigen Sätzen angedeutet haben. Gewiß, Beschlüsse sind noch nicht gefaßt und Entscheidungen sind noch nicht gefallen, und was heute in einzelnen Blättern über Steuerprojekte gesagt wird, die vorbereitet werden, eine Einkommensteuer, eine Besteuerung der Aktiengesellschaften, Dividendensteuer usw., bezieht sich auf Vorschläge, die noch in den ersten Stadien sind und bekanntlich, neuerdings wieder aufgenommenen Ideen und Anträgen der Rechten entsprechen. Aber die Hauptsache ist, wenn auch noch keine bindenden Vereinbarungen stattgefunden haben, die Regierung, oder sagen wir — Ehre, dem Ehre gebührt — der Herr Reichstagsführer, Herr v. Witlow, befindet sich auf dem Wege, die Finanzreform mit den Konservativen, zu denen auch andere Teile der Rechten kommen werden, dem Zentrum und seinen Affilierten zu machen.“

Zunächst soll sich, wie man hört, das Plenum des Reichstages verhalten, während die Kommission weiterläuft. Nach Pfingsten geht es an die Beratung von neuen Steuerentwürfen und Erbschaftsteuern, die dann der Kommission überwiegen werden, die dann wieder allein weiterläuft. Unter Umständen kann dann die Reform rasch erledigt sein; je nachdem wird es aber auch bis in den Herbst hinein gehen.

Hd. Berlin, 14. Mai. In der gestrigen Fraktionsversammlung der nationalliberalen Partei des Reichstages, die sich mit den Vorgängen in der Sitzung der Finanzkommission befahte, wurde die Niederlegung des Vorstoßes in der Finanzkommission durch den Abg. Dr. Raasche wie überhaupt die ganze Haltung der nationalliberalen Kommissionen-Mitglieder einstimmig gebilligt und beschlossen, für den Fall, daß in der heutigen Sitzung der Finanzkommission der Vorstoß wiederum der nationalliberalen Partei angeboten werden sollte, diesen definitiv niederzulegen.

Das Versicherungsamt in der Reichsversicherungsordnung.

Drei große Neuerungen bezug. Änderungen in dem zu Anfang April der Öffentlichkeit übergebenen Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, über die wir bereits kurz berichtet haben, werden als Voraussetzung nach starke Auseinandersetzungen hervorgehoben. Und zwar sind es neben der Umwälzung in der inneren Organisation der Krankenkassen durch Be-

seitigung der Majorität der Versicherten und den vorgezogenen erheblichen Beschränkungen im Rentenstreitverfahren zwecks Entlastung des Reichsversicherungsamtes vornehmlich die zu schaffenden Versicherungsämter mit ihren Kompetenzen bei der Rentenfeststellung, um die der Streit entbrennen wird.

Nach dem Gesetzentwurf sind die Versicherungsämter in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde zu errichten. Sie sollen wesentlich deren Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung übernehmen und in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft erteilen. Des ferneren liegen ihnen nach Maßgabe des Gesetzes für die einzelnen Zweige der Reichsversicherung die Aufgaben einer unteren Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde ob. Das bedeutet einen erheblichen Eingriff in die bisherigen Rechte der Versicherungsämter, vor allem der Unfallversicherungsämter. Diese entscheiden nach dem bestehenden Rechte selbstherrlich, ob und in welchem Maße sie den Ansprüchen eines Unfallverletzten Rechnung tragen wollen, beschaffen sich die dazu notwendigen Unterlagen durch Unternehmung des Unfalles und seiner Folgen, holen Gutachten von Ärzten ein, erteilen dann einen Bescheid, der nach einem Monat Rechtskraft erlangt, wenn der Verletzte den Bescheid nicht innerhalb dieser Frist beim Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung anfechtet. Nur dann, wenn seit der letzten rechtskräftigen Rentenfeststellung fünf Jahre und mehr verfloßen sind, muß die Berufsgenossenschaft — will sie eine neue Rentenfeststellung beantragen — unter Beibringung des bearbeitenden Materials einen dementsprechenden Antrag beim Schiedsgerichte stellen, das dann zu entscheiden hat.

Veregenbürtigen wir uns einmal weiter die Befugnisse der Berufsgenossenschaften. Es ist im bürgerlichen Rechte wohl allgemein Grundfals, daß der Verpflichtete zuerst entscheidet, ob und wie weit er die Ansprüche des Berechtigten anerkennen und befriedigen will oder nicht. Ergreift der Berechtigte dann nicht innerhalb der durchweg ziemlich langen gesetzlichen Verjährungsfrist die gegebenen Rechtsmittel — Klage, Zahlungsbefehl — zur Erzwingung der Anerkennung und Leistung seiner Ansprüche, dann werden diese hinfällig. Anders steht es damit bei den Forderungen eines Unfallverletzten an die verpflichtete Berufsgenossenschaft. Sie ist als Verpflichtete vom Gesetzgeber sehr privilegiert. Auf ihren Antrag hin muß die Ortspolizeibehörde auf eigene Kosten den Unfall untersuchen. Nur dann, wenn die Genossenschaft im Verlaufe der Untersuchung bestimmte Ansprüche stellt und deren Berücksichtigung beansprucht, hat sie die daraus erziehenden Kosten zu tragen. Die Vertreter der Genossenschaft können selbst an der Untersuchung teilnehmen, und es ist dem Genossenschaftsvorstande rechtzeitig Kenntnis von der Einleitung der Untersuchung zu geben. Will die Genossenschaft dann keine Entschädigung gewähren, so hat sie dem Berechtigten davon Mitteilung zu machen. Soll eine Entschädigung bewilligt werden, muß sie dem Berechtigten die Höhe der in-

Ausficht genommenen Entschädigung in gleicher Weise mitteilen.

Zu einer derartigen Mitteilung kann sich der Berechtigte zwar in einer bestimmten Frist äußern, die Genossenschaft darf diese Äußerung aber vollständig ignorieren und ihren endgültigen Bescheid genau nach dem Vorbescheid erlassen, was auch in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle geschieht. Und wenn der endgültige, in der Form genau vorgeschriebene Bescheid, wie bereits dargelegt, nicht angefochten wird, erhält er in kurzer Zeit Rechtskraft. In n e r h a l b zweier Jahre nach der ersten endgültigen Rentenfestsetzung — sei es auch durch das Schiedsgericht nach Abänderung des angefochtenen Genossenschaftsbescheides — kann die Genossenschaft wiederum zu jeder Zeit aus sich durch einen neuen Bescheid die Rente kürzen, wenn eine entsprechende Änderung in den Verhältnissen eingetreten ist, die für die Rentenfeststellung maßgebend waren. Die Feststellung der Veränderung in den Verhältnissen trifft aber die Genossenschaft ganz allein, und der Rentenempfänger kann wieder den Klageweg beschreiten, ist er mit der Neuordnung durch die Genossenschaft nicht zufrieden. In der Zeit von zwei bis fünf Jahren nach der ersten Rentenfestsetzung kann eine neue Festsetzung der Rente durch die Genossenschaft nur in Beträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen werden, mit demselben Rechtswege für den Verletzten. Man sieht also, die Berufsgenossenschaften sind mit einer Reihe von Vorrechten ausgestattet, von denen bei einem sonstigen Verpflichteten im obersten Rechtsleben keine Rede sein kann!

In dieses Entscheidungsrecht der Berufsgenossenschaften über ihre Verpflichtungen greift nun auf dem Wege über die Versicherungsämter der neue Entwurf einer Reichsversicherungsordnung ändernd ein. Darüber in einem zweiten Artikel!

Deutschland.

Berlin, 14. Mai 1909.

Die Sprachenfrage im elsaß-lothringischen Landesauschuss. Am Donnerstag kamen im elsaß-lothringischen Landesauschuss die Anträge zur Sprache, welche die obligatorische Einführung der französischen Sprache in sämtlichen Volksschulen der Reichsländer verlangten. Staatssekretär Jörn von Dulaich erklärte namens der Regierung, daß diese prinzipiell dem französischen Unterricht keine Schwierigkeiten machen wolle und anerkenne, daß in den Grenzorten die französische Sprache zu pflegen ist. In 470 Elementarschulen mit 994 Klassen werde jetzt schon französischer Unterricht erteilt, obgleich in den Volksschulen jenseits der Grenze, wo ein gleiches Verkehrsbedürfnis bestehe, deutscher Unterricht nicht erteilt werde. Ganz Elsaß-Lothringen als Grenzgebiet zu betrachten, hält die Regierung für unrichtig, und ein allgemeines Bedürfnis nach französischem Unterricht im ganzen Lande erkennt die Regierung nicht an. Die Regierung lehnt es daher bestimmt ab, zur Einführung des französischen Sprachunterrichtes in den Elementarschulen des deutschen Gebietes die Hand zu bieten. Das Bedürfnis der Ausbildung von befähigten Schülern in

Schüler über die Orgel trefflich vervollständigt und klarte. Der Abendung brachte Lehrer und Schüler wieder zu den heimischen Penaten zurück, allwo bis mitte Juni noch eine frumme Arbeit zu erledigen ist. Herr Vater Gregorius Molitor hat anstatt des Herrn Paters Leo Sattler seit Oftern die Direktion der St. Gregorius-schule übernommen und arbeitet als Direktor wie als Lehrer mit unermüdlichem Eifer und vorzüglichem Erfolge. Mögen ihm noch viele Jahre ungeschwächter Kraft und Gesundheit und die Freude beschieden sein, die St. Gregorius-schule auf einer hohen Stufe der Blüte angelangt zu sehen.

Zum Lourdesfest. Bekanntlich haben liberale Blätter in ihrem Hebereifer aus dem Fall Koudel nachweisen wollen, daß die Annahme von Wundern in Lourdes nichts als liberale Waise sei, zu der auch „Herikal“ geminte Verge, wie Dr. Ernst, beihilfen. Das ist natürlich eine Verleumdung; denn niemand, weder kirchliche Stellen, noch einzelne gläubige Katholiken haben ein Interesse daran, daß ein Wunder konstatiert wird, wo sich eine Heilung auf natürliche Weise nahelegt. Im Gegenteil haben sogar alle Gläubigen das größte Interesse daran, daß man bei Konstatierung der Vorgänge in Lourdes möglichst kritisch zu Werke geht. Wunder-sucht wird auch von kirchlichen Stellen verurteilt.

Das man kritisch vorgeht bei Konstatierung von Heilungen, beweist u. a. ein gerade jetzt zitiertes Gutachten, das im Jahre 1888 ein bekannter, jetzt noch praktizierender liberaler Arzt in Metz abgegeben hat. Dieses Urteil ist in der Prospektur „La Lorraine et l'Alsace a Lourdes“ von 1887, abgedruckt und lautet in deutscher Uebersetzung:

„Ich unterzeichneter Doktor der Medizin bescheinige hiermit, im Laufe des Jahres 1887 Herrn Abbe Mangel, Pfarre von Deth, behandelt zu haben an einer rheumatischen Hüftgelenkentzündung mit Verletzung des entsprechenden Beines von 4 bis 5 Zentimeter. Die Hüfte trat stark hervor, die seitliche Krümmung (Stoliose) war sehr deutlich, das Hüften ziemlich stark, die Schmerzen waren zeitweise unerträglich. Ein ständiger Streckverband während zweier Monate verschaffte dem Kranken sicherlich

Der Charitas-Pilgerzug

Am Abend des 10. Mai in Rom angekommen, nachdem er am 4. Mai morgens von Freiburg (Breisgau) abgefahren war. Auf der ganzen freiburgischen Strecke herrschte eine angenehme Witterung, wodurch die Strapazen der langen Eisenbahnfahrt ungemein erleichtert wurden. Nur in Mailand spielte dieses echte Matrovetter schon in sommerliche Hitze hinüber, und der Besuch dieses wurde durch einen fröhlichen Landregen getrübt, der bei der Ankunft in Rom noch anhält. Aber schon am nächsten Tage zeigte sich die ewige Stadt unter einem klaren, sonnenbeschienenen Himmel in aller Schönheit und ließ die Stimmung der Pilger, die auf der ganzen Reise eine vortreffliche war, noch höher steigen.

Über 270 Pilger haben sich im Zeichen der Charitas aufgemengelt, und in ihrer Schaar sind fast alle Gebiete Deutschlands vertreten. Freilich hört man meistens süddeutsche Dialekte, aber auch Norddeutschland wollte nicht fehlen, von den Schweserprovinzen Rheinland und Westfalen im Westen bis zu Schlesien und Polen im fernen Osten. Fast 50 Geistliche nahmen an der Pilgerfahrt teil, darunter auch Vertreter der höheren Geistlichkeit, darunter z. B. die Domherren Tilmann aus Trier und von Gienbath aus Nottenburg. Das zahlreiche Zweigvereine des Choristaverbandes und andere Wohlthätigkeitsvereine ebenfalls Vertreter entsandt haben, wobei seiner weiteren Erwähnung. Von sonstigen hervorragenden Teilnehmern seien genannt: Geheimrat Commerzienrat Kausler und Graf Maximilian-Greifentlau, der zum Ehrenpräsidenten des Pilgerzuges ernannt wurde. Die Ordnung auf der Hinfahrt war ausgezeichnet, was sowohl der geschickten Organisation durch die entgegenkommenden Haltung der Reisenden. Die letzteren wurden auch zufrieden sein, denn das reichhaltige Programm des Pilgerzuges hat bisher gehalten, was es verspricht. Und obwohl die Reise zunächst mehr den

Charakter einer Studienfahrt hatte, wurde doch auch der Frömmigkeit in gewisser Weise Rechnung getragen: durch ein Gebet, einen Gesang, eine Ansprache an den einzelnen Kultstätten, die der Pilgerzug besuchte. Besonders ergreifend war es z. B. als unter Abführung des ambrosianischen Lobgesanges die Pilger zur Gruft des hl. Kirchenvaters Ambrosius in Mailand hinabstiegen.

Glanzpunkte der bisherigen Reise waren: der Besuch der Cartosa bei Pavia, dieses berühmten, jetzt verlassenen Klosters mit seiner wunderbaren Kirche, von der man mit Recht sagen kann, daß das Haus des Herrn ein Haus der Herrlichkeit ist, die Fahrt auf dem Gardasee und der Besuch der dem Choristaverbande gehörenden Pension Maria-Elisabeth in Gardone; die Fahrt zum armenischen Meschitaristenkloster bei Benedig und zum Edo, wo sich die Maria in Lichtlaure, langbewegter Wellenbrust den entzückten Blicken der deutschen Pilger darbot; der Besuch von Padua mit seiner ehrwürdigen Kathedrale unseres Lieblingsheiligen Antonius; der Besuch von Ravenna, jener Stätte uralter, christlicher Kultur, wo zur Zeit Theodorichs des Großen weströmische und oströmische Kunst in den alten, zum Teil noch gut erhaltenen Kirchen ihre Vermählung feierte. Die Wollanen an diesen wichtigsten Kultstätten weitestern an Pracht mit jenen von S. Marco in Benedig und übertrafen sie vielfach an Würde und Höhe der Darstellung, wie ja auch ihr Ueberleben in viel früheren Zeiten zurückgeht. In Ravenna wurde den Pilgern auch die fremde Uebersetzung zu Teil, in einer besonderen Andienz vom dortigen Erzbischof empfangen zu werden. Es waren feierliche Augenblicke, als er die ganze Schaar segnete, den Religionseifer in Deutschland als vorbildlich pries und den Pilgern seine besten Wünsche mitgab. Der Tag, den die Pilger der himmelreichen Arnobast Florenz wählten, war ein Sonntag und deshalb der

Besichtigung leider nicht so günstig, da alsdann nachmittags die weltberühmten Sammlungen geschlossen sind. Aber einen Ersatz bot der Ausflug nach Fiesole, von wo man einen herrlichen Blick über das toskanische Hügelland genießt. Dieser Ausflug mußte auch im Voraus für Affekt entschädigen, das wegen seiner Aussicht berühmt ist, aber von den Pilgern nur im Nebel und Regen gesehen wurde.

In Rom haben der geistliche Leiter und der Ehrenpräsident des Charitas-Pilgerzuges, Hr. Dr. Werthmann und Graf Maximilian-Greifentlau, an den hohen geistlichen Stellen Besuche gemacht; die Privatandienz für den Leiter und eine Generalandienz für sämtliche Teilnehmer ist auf Sonntag morgen den 16. Mai festgelegt worden. Die Pilger bezogen ihre Zimmern mit einer Beschäftigung des Peterdomes und einer feierlichen Andacht an der Confessio der Apostelfürsten, worauf am Abend eine gemütliche Versammlung im neuen Pilgerjaale der Anima folgte.

(Edwig Dransfeld.)

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Herr Pfarrer Leopold Oser in Moosbrunn hat die Pfarre Rastfeld, Amt Wiesloch, erhalten.

Herr Pfarrer A. Schüpfle wird in Kirchen; an die Stelle des Herrn Vikars Weid (Hosbach) kommt Vikar Albin Müller in Rastbach.

Der Jahrgang 1899 feiert im August in Beuron das 40jährige Priesterjubiläum.

Beuron, 13. Mai. Beim herrlichen Maiwetter machte gestern die St. Gregorius-schule eine Studienfahrt nach der Orgelfabrik der Gebrüder Späth zu Mengen-Ettenach. Mit freundlicher Aufmerksamkeit gab Herr Orgelbauer Späth eine leicht fahrlache Beschreibung aller Bestandteile der modernen und älteren Orgel und ihrer Zusammenfügung, und führte die Herstellung der Pfeifen und deren Antimierung vor, eine Demonstration, welche die bisher gewonnene Kenntnis der

der französischen Sprache erkennt die Regierung an und...
...die Regierung noch zu einer Verteidigung zu kommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

© Zum Kaiserbesuch in Wien. Aus Anlaß der heute (14. Mai) erfolgenden Ankunft des deutschen Kaiserpaars sind bereits alle Straßen, durch die der Einzug erfolgen wird, aufs prächtigste geschmückt. Der Empfang seitens der Bevölkerung dürfte allem Anschein nach ein noch nie dagewesener enthusiastischer werden. Es herrscht in Wien eine Begeisterung für den deutschen Kaiser, wie sie früher kaum im deutschen Reich zu zeigen kann. Das kommt auch in der Presse zum Ausdruck. Die „Reichspost“ schreibt:

„In ganz Oesterreich weiß und schätzt man es, daß die Politik starker Bündnistreue, die das Deutsche Reich der Monarchie gegenüber in der großen europäischen Krise nach der Annexion bewährte, hervorragend dem persönlichen Anteil Kaiser Wilhelms entsprang und daß in seinem kraftvollen Wesen die Sicherheit der gegenseitigen Verpflichtungen und Hilfeleistungen am besten verankert war. So durchdrungen ist man in Wien von diesen Überzeugungen, daß es sich der Wiener trotz aller amtlichen Erklärungen nicht nehmen läßt, weiter an der Erzählung der großen Ereignisse, wo das Schwert Oesterreichs schon halb außer der Scheide war, noch persönlich in diesem Anknüpfung, von Korneuburg an ein Automobil benutzend, in Wien erschienen, um Kaiser Franz Josef der unbedingten Treue Deutschlands, was immer da kommen möge, zu versichern. Ein ganzer Regendentanz hat sich schon seit diesem angeleglichen Besuch vom 24. März gebildet, und wenn dies sonst nichts beweist, so bezeugt es doch, wie groß und unerschütterlich, als Bild edler deutscher Mannhaftigkeit und Treue die Gestalt des deutschen Kaisers in der Wiener Volksmeinung aufragt. Wir sind kein untrübseliges Volk. Die Herzhaltigkeit des Wiener Volkes schon niemanden; es genügt nicht Glanz und Titel, um es den Wienern recht zu machen. Aber wo der Wiener einmal Vertrauen faßt, wenn er jemandem seine Dankbarkeit und Verehrung schenkt, dort ist er es herzlich und gründet sich seine Gefühle tief. Und darin ist er der Typus für die echt-österreichische Natur. Dem Kaiser Wilhelm, dem Herrscher jenes Reiches, das mit den Waffen in der Hand in einer Zeit der Verdorren von allen Seiten neben der Monarchie ausdauerte und mit seiner gebieterrischen Festigkeit jede feindliche Kombination zunichte machen half, wenden sich alle Gemüter voll dankbarer Freude zu. Man hat in Oesterreich ruhig und ernst dem Krieg entgegengeesehen; man wollte ihn nicht, aber man fürchtete ihn nicht, auch wenn Serbien und Montenegro nicht allein geblieben wären; jedoch da der Krieg abgewendet wurde, hat man gegenüber dem deutschen Verbündeten bei uns ein Gefühl, als wenn man mit ihm schon in der Schlacht gestanden wäre. Man weiß, man kann sich auf ihn verlassen, und da schließen sich die Hände fester und die Herzen schlagen lauter zu einander.“

Nicht nur die der Deutschen, führt das Blatt weiter aus; auch die Südslaven, die durch den Konflikt am meisten berührt waren, haben nicht um einen Schatz eine andere Haltung eingenommen; deshalb trete wohl auch übergehend nur je der Wert dieses Bündnisses vor das geistige Auge des österreichischen Slawentums. Das Blatt schließt seinen Artikel:

„Das große Bündniswert Bismarcks ist heute das Fundament der staatlichen Sicherheit in Europa. Fest schließen sich die österreichischen Völker um das Bündnis. Und wenn jetzt Kaiser Wilhelm die Kaiserkrone abzugeben beabsichtigt, so mag er von allen Lippen das Gebotnis lesen, daß wir nicht bestreiten werden, was das deutsche Reich unserem Vaterlande mit seiner Treue getan. Wir werden mit derselben goldenen Münze lohnen.“

Italien.

+ Zur Monarchenbegegnung in Brindisi schreibt „Popolo Romano“: Die Zusammenkunft in Brindisi zeigt nicht nur den Ausdruck herzlicher Gefühle, die seit langer Zeit die beiden ruhmreichen Dynastien verbinden, sondern hat auch politische Bedeutung, insofern sie die unveränderte Freundschaft und die Bündnisbeziehungen beider Staaten befestigen. Die Anwesenheit des Ministers Tittoni, des deutschen Botschafters und besonders der Austausch der Trinksprüche genüge, die Zusammenkunft zu kennzeichnen, aus der hervorgeht, daß die Dreieinigkeit auf die bedingungslos die 30 Jahre des Friedens gesichert habe, fortzuführen.“ Andererseits ist es auch Tatsache, daß gerade in letzter Zeit gewisse italienische Blätter in allen Tonarten gegen den Dreieinigkeit beugen. Ungläubiger Weise ereignete sich im Hafen von Brindisi ein Unfall. Bei der Einfahrt der „Hohenzollern“

in den Hafen von Brindisi stieß die Kaiserjacht „Hohenzollern“ infolge falschen Manövers auf den italienischen Torpedoböiger „Rembo“, dem sie ein Loch beibrachte. Der Moment war kritisch, aber es gelang zum Glück, das Loch notdürftig zu verstopfen und das Schiff in Sicherheit zu bringen. Es wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet. Der Kaiser war der König waren über den Unfall sehr ärgerlich. Wenn nur der leide italienische Torpedoböiger kein Bild von dem Zustand der italienischen Flotte zum Dreieinigkeit hätte, der Kaiser würde sich gegenüber seiner Umgebung sehr befriedigt über den Verlauf ausgesprochen.

Balkanstaaten.

© Die bulgarische Regierung hat in Petersburg die Erklärung abgegeben, daß sie geneigt sei, die Kosten der Expedition vom Jahre 1878 in Höhe von circa 28 Millionen Francs zu erlösen, daß sie aber nicht in der Lage sei, die Bewilligung zur Errichtung russischer Stollenstationen in Warna und Burgas zu erteilen.

Türkei.

†† Die türkische Kammer beendet die erste Lesung der Verfassungsreform und nahm einen Antrag an, die Zusammenlegung des Senats solle derart erfolgen, daß zwei Drittel der Mitglieder von der Nation erwählt werden und der Rest von Sultan ernannt werde. Der Antrag, alle Prinzen des kaiserlichen Hauses zu Senatoren zu ernennen, wurde abgelehnt. Das Haus nahm sodann einen Antrag an, an die asiatischen Provinzen einen Aufruf zu richten, in dem die Proklamator und Gerichte zu brüderlichem Zusammenleben aufgefordert werden.

†† Hr. v. d. G. in der türkischen Armee. Wie wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, meldet die Konstantinopeler „Joni Gazette“, daß die Ernennung von v. d. G. als Chef des Reorganisationswesens der türkischen Armee perfekt sei. Da jedoch v. d. G. noch zwei Jahre für seine Pensionierung in Deutschland festsetzt, so werde er während dieser Zeit nur vier Monate im Jahre hierher kommen, nachher aber dauernd der türkischen Armee angehören. (Ein merkwürdiger Fall: zuerst muß v. d. G. noch für die deutsche Pension erhalten, um nachher noch für die Türkei Dienste tun zu können!)

Frankreich.

© Der Postbeamtenstreik scheint tatsächlich auszugehen, wie das „Dorchester“ berichtet. „Kampf bis aufs Messer“ war von den streikenden Postbeamten angekündigt worden; tatsächlich ist aber der Streik nur schwach durchgeführt, von einem Generalstreik ist gar keine Rede. Zwar wird von den Ausführenden die amtliche Behauptung, daß der gesamte Post- und Telegraphenverkehr in normaler Weise vor sich gehe, als unrichtig bezeichnet; doch ist es Tatsache, daß sich in Berlin z. B. die Folgen des Streiks noch nicht bemerkbar machen. Vom 13. d. M. wird aus Berlin gemeldet: Die telegraphische Verbindung Berlin-Berlin funktionierte gestern bis in die späten Nachstunden hinein ganz ordnungsmäßig. Alle von Berlin nach Paris gehenden und von dort nach Berlin gelangenden Telegramme wurden ordnungsmäßig befördert. Dagegen wurde in Köln, wie der „Lokal-Anzeiger“ meldet, gestern Abend eine Verzögerung im Postverkehr mit Frankreich wahrgenommen. Der Telegraphenverkehr mit Paris war völlig unterbrochen.

Im Pariser Hauptpostamt sind ausbühnweise Infanteriesoldaten und Munitionsgardisten tätig. Am meisten hat die Streikbewegung bei den Briefträgern und Streckenarbeitern der Posttelegraphen- und Telephonverwaltung zu sich gegriffen. Die Soldatenabteilungen, die zur Bewachung der Postämter aufgestellt wurden, hatten bisher nichts Ansehliches einzuführen. Das Syndikat der Postbeamten hat beschlossen, die Fremden eines Briefbeförderungsdienstes zu veranlassen. Die Briefe sollen durch besondere Posten nach Brüssel gebracht und von dort weitergeleitet werden.

Wie aus dem im Ministerium des Innern eingelaufenen Meldungen hervorgeht, sind bisher keine Ausschreitungen der streikenden Postbeamten vorgekommen. Für alle Fälle sind 25.000 Mann Militär sowie 8000 Polizisten und Armirungspolizei nebst Spezialagenten zusammengezogen. Die Regierung ist entschlossen, mit aller Strenge gegen die Streikenden vorzugehen. Auch der bereits verfügbare Abhebung von über 200 Postbeamten sollen noch weitere 100 disziplinarisch bestraft werden. Die Gefängnisstrafen verrichten einen vorzüglichen Postdienst, indem sie gleichzeitig mit den Verhafteten auch die Postkäden und Dokumente mitnehmen, welche für die Polizeipräfectur bestimmt sind. Man betrachtet den Streik als vollständig gescheitert.

Hd. Paris, 13. Mai. Der Ministerrat beschloß auf Vorschlag Bartheles 228 weitere Dienstentlassungen von Postbeamten, die diesmal ohne Spruch des Disziplinarcomitês erfolgten und sofort in Kraft treten.

Strasbourg Ferienpilgerung nach Lourdes.

Vom 9. bis 10. August 1900.
Der diesjährige Strasbourg Ferienpilgerzug fährt am 9. August von Strasbourg nach Lourdes ab. Die Hinreise geht über Paris und Bordeaux. Die Rückfahrt über Marseille und Lyon; in allen diesen Städten ist ein Aufenthalt von mehreren Stunden vorgesehen. In Lourdes selbst wird der Zug vom 11. bis 16. August. Fahrpreise: Willet 3. Klasse: 60 M.; Willet 2. Klasse: 90 M.; Willet 1. Klasse: 120 M. Anmeldungen oder einschlägige Anfragen sind zu richten an den Direktor des Strasbourg Ferienpilgerzuges, Herrn v. Sig. geistl. Oberlehrer am Bischöf. Gymnasium zu Strasbourg i. Elz.

Cheater und Kunst.

Karlruhe, 14. Mai 1900.
Das Konzert, welches die „Liederhalle“ gestern Abend halb 9 Uhr im großen Festsaal ihren Mitgliedern gab, war für die vorgerückte Jahreszeit ziemlich gut besucht. Die Sänger der „Liederhalle“ haben an diesem Abend unter ihrem tüchtigen, befehlenden, dabei aber dennoch temperamentvollen und feinfühligem Dirigenten, Herrn Baumann, wieder eine weitere Probe ihrer Intelligenz abgelegt. Den ihnen dreierlei Stunden zuvor übergebenen Stundenchor „Ein Wortchen nur“ von Mathieu Neumann brachten sie mit Ton und rhythmischer fester Prägung zu Gehör, wenn, wie unser Vertreter berichtet, eine feinere Schattierung zuweilen das gefangene Totalbild verfinstert hätte, so muß doch unbestritten die musikalische Trefflichkeit, die gelungene Schöpfung der Liederhalle, welche in diesem Punkte wohl hier alle anderen Gesangsvereine übertrifft, ganz besonders hervorzuheben werden. Die Preischöre: „Sturm beschwört“

Hd. Paris, 14. Mai. Die Kammer nahm gestern nach sechsstündiger Debatte eine Tagesordnung an, deren erster Teil sich gegen den Beamtenstreik ausspricht und deren zweiter ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält. Für den ersten Teil stimmten 455 gegen 69, für den zweiten 365 gegen 159 Abgeordnete.

Hd. Paris, 14. Mai. 5000 Postbedienstete hielten gestern Abend in der Meisehale von St. Paul eine neue Versammlung ab, die bis Mitternacht dauerte. Der Führer Paupou forderte die Streikenden zum Ausbrennen auf, der Führer Marmonel nannte Elyman einen Schafkopfer, Barhou einen Feind und Clémenceau eine hundstafische Kanaille. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall. Es wurde einstimmig die Fortsetzung des Generalstreiks beschlossen.

Hd. Paris, 14. Mai. Der „Figaro“ beschildigt in einem heftigen Artikel Herrn Symbian sich im Staatsdienst durch Durchschleichen unerlaubt bereichert zu haben und fordert seine Entlassung und eine Untersuchung gegen ihn.

Hd. Lens, 15. Mai. Der große Arbeiter-Kongreß lehnte gestern den Generalstreik ab, nahm aber eine Tagesordnung an, worin die Arbeitgeber sich verpflichten, die Postbeamten zu unterstützen, damit diese ihre Forderungen durchsetzen können.

Baden.

Karlruhe, 14. Mai 1900.

Eine ungeschickte Antwort

gibt die „Bad. Vdsztg.“ Nr. 220 auf unsere gestrige Ausführung bezüglich ihrer Stellungnahme zum konfessionslosen Religionsunterricht. Sie schreibt: „Der „Badische Beobachter“ hat die gestrige Kritik an dieser Stelle nicht recht verstanden. Er glaubt das Mädel Lösung darin gefunden zu haben, daß auf der Redaktion der „Badischen Landeszeitung“ politische Unstimmigkeiten herrschen. Er tritt sich. Auf der Redaktion ist es absolut „stimmig“. Sie hat auch „einstimmig“ geglaubt, daß es nicht nötig sei, den „Badischen Beobachter“ an die Aufführung zu erinnern, die er gab, als ihm der spähafte Kopfschmerz mit dem Marschieren im Rastion und dem Wegang der Späheren passierte war. Diese allein gibt ihm den richtigen Schlüssel. Sie wurde damals von der „Bad. Vdsztg.“ ohne Widerspruch hingenommen. Es fiel ihr nicht etwa ein, zu behaupten, der Spezialredakteur hätte an den Unstimmigkeiten, dagegen wohl der Chefredakteur nicht. Sie hält die Mitglieder der Redaktion der „Bad. Vdsztg.“ geistig für durchaus homogen.“

Die „Bad. Vdsztg.“ vergleicht hier Dinge, die durchaus nicht vergleichbar sind. Wenn in einer Unterhaltungsbeilage des „Bad. Vdsztg.“, wie voriges Jahr in den „Blättern für den Familienfisch“, ein Artikel steht, mit dem die Redaktion des „Bad. Vdsztg.“ nicht einverstanden ist, so trägt letztere keinerlei Verantwortung und zwar deshalb nicht, weil die Redaktion des Unterhaltungsblattes völlig selbstständig ist und der Redaktion des „Vdsztg.“ Artikel, welche in die Unterhaltungsblätter kommen, in seiner Weise vorgelegt werden, wie überhaupt unsere sämtlichen Unterhaltungsblätter mit der Redaktion des „Vdsztg.“ nichts zu tun haben. Außerdem erscheint es uns, nebenbei bemerkt, etwas kindisch, den Vereinstfall auf einen Aprilstreich mit politischen Unstimmigkeiten zu vergleichen. Anders liegt der Fall in der „Vdsztg.“. Der Chefredakteur der „Bad. Vdsztg.“ muß selbstverständlich für den Inhalt der „Vdsztg.“ selbst verantwortlich gemacht werden und wenn er etwas als Kaputt bezeichnet, was ein Spezialredakteur geleistet hat, dann ziehen wir daraus mit Recht unsere Folgerungen. Diese liegen sich nach der heutigen Antwort der „Bad. Vdsztg.“ um so näher, als sie sorgsam vermeidet, unseren Nachweis, daß jene Redaktionsbemerkung der „Vdsztg.“ zu den Auslassungen Wundts gar nicht anders aufgefaßt werden konnte, als wir es taten, irgendwie zu entkräften. Statt dessen sucht sie sich mit einer verlogenen Ironisierung über die Sache wegzuhelfen. Etwas W e s e r e s konnte sie allerdings — das müssen wir zugeben — in diesem Fall nicht tun.

Lektionen im guten Ton

erteilt der „Vdsztg.“ unentgeltlich. Bekanntlich sagte Abg. Dr. Oskirder in Hohenheim von dem Kandidaten Karl: Wenn jemand verstanden will, die nationalliberale Partei zu vernichten, der muß sich gefallen lassen, daß wir jetzt den Versuch machen, ihn zu vernichten.“ Auch die „Freiburger Tagespost“ fand diese Ausdrucksweise etwas stark und um dies dem Herrn Oskirder zum Verständnis zu bringen, wendete sie den Oskirderischen Ausdruck auf Oskirder selbst an und schrieb:

„Daß die Nationalliberalen den Herrn Oskirder stark vernichten wollen, das wissen wir schon lange. Die Rede Wundts und die Zustimmung Oskirders zu derselben haben den vollständigen Beweis schon längst erbracht. Ob sie ihn aber auch politisch vernichten werden? Sie würden es tun, — wenn — sie könnten. Das „Vernichten“ steht nicht mehr in der Gewalt der Nationalliberalen! Wir sagen „nicht mehr“, ebened,“

von Steden.

ung“ von Dürner und „Was ihn mit der Freund“ von Silber, das Lehnwags leichte Mißtonell: „Die Rose stand im Tau“ von Schumann, die Mendelssohn'schen Chöre der Abend war eigentlich Mendelssohn gemidelt z. z. Alles, was zum Vortrag kam, bewährte die gefangliche Suprematie der Liederhalle und fand die Zustimmung der Hörer im reichsten Maße. Als Solistin glänzte Fräulein Hildegard Schumacher von hier, die wir bereits als eine Sängerin kennen lernten, bei welcher sich wertvolles, schönes Stimmmaterial mit vortrefflicher Schöpfung und angeborner Begabung zur glücklichen Totalität verbinden. Den Schluß des Abends machte eine Tanzunterhaltung, von welcher sich unser Vertreter „seitwärts in die Büsche salgt“.

von Steden.

Grüßelosen.
Herrn W. in Baden-Baden. Die Kurianten, eine Oper Weltis, wurden unersäglich hier in Karlruhe nicht aufgeführt. Es müßte denn vor den 1800er Jahren gewesen sein. Ich sah und hörte sie Ende der 1800er Jahre wiederholt in Wiesbaden. Das Textbuch ist von einem Grafen Beholl. Die Handlung hat einen historischen Hintergrund, sie spielt zurzeit des Protektors Cromwell und gibt der englische Revolutionstempel, der Zwiespalt zwischen den Puritanern und den Anhängern der Stuards, die großen tragischen Motive. Die Handlung ist nicht uninteressant, die Fassung des Librettos lehrreich und ungeheuer, wenn dieses sich auch im Allgemeinen wenig über das bekannte Niveau italienischer Operndücker erhebt; das finale des 1. Aktes und das des Schluß des 2. Aktes bildende Duett sind als große dramatische Szenen breit angelegt und haben früher der Oper einen Erfolg gesichert.

von Steden.

da sie noch die Gewalt hatten, spielte das „Vernichten“ keine geringe Rolle, mehr als ein Zentrumsmann könnte davon erzählen. Der alte Geist ist noch da; was fehlt, das ist die Gewalt! Am „Königen“ fehlt es. Das „Alte“ hat keine Kraft mehr.

Das „Vernichtende“ Wort Oskirders gilt nicht bloß Herrn Oskirder. Es gilt noch mehr dem bösen Zentrum! Herr Geißlinger hat Wader sei aber auch arg erschrocken, als er diese Drohung gelesen habe; er belam odenlich Angst vor der im Herbst drohenden „Vernichtung“.

Am 19. Oktober 1900 war einer in Mosbach „vernichtet“. Anfangs Februar 1907 war der gleiche in Freiburg „vernichtet“. Ob nicht der nämliche auch im kommenden Herbst in Herrschbach „vernichtet“ sein wird? Wir besprechen Herrn Oskirder. Soviel macht tun können, um zu „vernichten“, soll unersäglich geschehen. Der „Vdsztg.“ teilt nun seinen Lesern durchaus nichts davon mit, daß das Wort von „Vernichten“ des politischen Wagners von Oskirder stammt, sondern schreibt ohne weiteres zu den Schlußsätzen der „Tagespost“:

„Wir sind nicht berufen und haben auch nicht die Meinung, Herrn Oskirder zu verteidigen. Aber aus den vorliegenden Belegen der „Freiburger Tagespost“ geht doch wieder mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Zentrumspresse bei jeder Gelegenheit den Kampf auf die Person ausrichtet. Und das ist eine unerschütterliche Erscheinung im politischen Leben. Keine Partei macht so stark in persönlichen Angriffen und Ausfällen, wie das Zentrum, was sich, nebenbei gesagt, um so festerer nimmt, als diese Partei sich hin und wieder einmal auf das christliche Grundprinzip beruft: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“

Diese Liebe ist bei der Zentrumspresse in Formen gehüllt, die zu unterfertigen bis jetzt jeder anderen Partei unmöglich war.

An der ganzen Auslassung ist nichts ehrlich und richtig als der Satz, daß der „Vdsztg.“ nicht berufen ist, Herrn Oskirder zu verteidigen. Die Meinung sogar, Oskirder zu verteidigen, wenigstens gegen die Zentrumspresse, ist beim „Vdsztg.“ vorhanden, wie er überhaupt schon längere Zeit so jenseitlich alles in Schuß nimmt, sogar den Reichsblat, wenn er damit glaubt dem Zentrum ein auszuweichen zu können. Nicht immer allerdings zeigt sich so klar und deutlich wie hier, daß er rein aus überlicher Leidenschaft gegen das Zentrum kämpft. Es ist ihm gar nicht eingefallen, dem Herr Dr. Oskirder den Vorwurf zu machen, er spüre den Kampf auf die Person des Wagners zu, als Oskirder davon sprach, daß man den Kandidaten Karl „vernichten“ wolle. Sobald aber ein Zentrumsmann den Oskirderischen Anstand zur Fronierung der Oskirderischen Ausdrucksweise gegen Oskirder brauchte, da ist alsbald der „Vdsztg.“ als Schmalzeiler da und lamentiert über den Ton der Zentrumspresse; selbst der barmlöseste Genosse muß hier die Vereingemessenheit und die parteiliche Stellungnahme des „Vdsztg.“ bemerken.

Auch mit der Anwendung des christlichen Gebots: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ ist es wieder einmal nichts im „Vdsztg.“, wie der „Vdsztg.“ mit ein klein wenig Modestitäten herausfinden können. Der göttliche Geiland, welcher uns das Gebot der Liebe lehrte, ließ sich bekanntlich gar nicht abhalten, ebenso die Parzifal wie die Sängler im Tempel in jüdischer Weise zu befehlen. Er befehlte sie, nicht weil er sie persönlich haßte oder von der Liebe ausstieß, sondern weil die Bestimmungen, die sie in ihrem Tanz und Kassen betätigten, falsch und gefährlich waren. Auch wir befehlen durchaus nicht die Person Oskirders, sondern den Politiker Oskirder — wie auch die „Tagespost“ ausdrücklich bemerkt —, weil auch die Politik Oskirders für durchaus falsch und gefährlich halten. So etwas sollte man übrigens einem Politiker wie dem „Vdsztg.“-Redakteur nicht mehr eigens fügen müssen; denn das gehört denn doch zum ABC für Männer, die im öffentlichen Leben stehen. Wir schließen wieder Dr. Oskirder nach Kolb von dem Gebot der Liebe aus. Aber von beiden als Politikern wollen wir nichts wissen.

Soziales.

* Die Gesamtzahl der von der Stadt Freiburg (Breisgau) beschäftigten Arbeitslosen betrug im letzten Winter 355 (312 im Vorjahr), davon waren 190 (154 i. V.) Bauhandwerker und 111 (127 i. V.) ungelernete Arbeiter. Die 335 Arbeitslosen waren zusammen mit 13233 (6364 i. V.) Arbeitstagen beschäftigt. 320 Arbeiter waren verbeiratet; 272 standen im Alter von 25—50 Jahren. Die Löhne betragen für verbeiratete Arbeitslose 270 M., für ledige, über 20 Jahre alte 220 M., unter 20 Jahre alte 180 M. Der Kostenaufwand der Stadt betrug 48100 M., gegenüber dem Vorjahr 29700 M. etc.

(Ein Gesuchentwurf über die Lohnämter für die Gemeindefürsorge, wie die Regierung in der Gewerbeordnungskommission des Reichstages erklären ließ, in absehbarer Zeit nicht in Aussicht gestellt werden.

Arbeiterzeitung.

Hd. Prag, 13. Mai. Die Bräudenarbeiter der Stadawerke sind in den Streik getreten und hindern die anderen Arbeiter an der Ausübung ihrer Tätigkeit. Die Direktion tickete nummehr an die Streikenden die Anforderung, die Arbeit bis Samstag wieder aufzunehmen, da sonst die Aussperrung sämtlicher 4700 Arbeiter erfolgen werde.

Hd. Prag, 13. Mai. Im Rurschauer Koblerrevier ist wegen Lohnunterschieden ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Vorgens dürften bereits mehr als 4000 Bergleute streiken.

Arbeitermühen am Panamakanal.
Hd. London, 13. Mai. Die Arbeitermühen am Panamakanal begannen damit, daß ungefähr 3000 Regat freitlen, weil die amerikanischen Behörden ihre Beschwerden nicht mehr anhören wollten. Sie gerieten dann mit den Russen ins Handgemenge. Zwei Amerikaner wurden getötet, 150 verwundet. Man befürchtet, daß sich diese Zahl noch erheblich erhöhen werde. Die Polizei wurde verstärkt.

Kleine badische Chronik.

Karlruhe, 13. Mai. (Gegen die Schundliteratur!) Die „Karler. Ztg.“ empfiehlt den Eltern und Pädagogen die Lektüre der Kinder sorgfältig zu überwachen, besonders darauf bedacht zu sein, daß die den Kindern überlassenen Weltmühen nicht zum Ankauf von Schundbüchern verwendet werden. (Wir möchten hoffen und wünschen, daß diese dankenswerte Aufforderung des Regierungsborgans nicht das einzige bleibt, was von nachgebender Seite gegen die Schundliteratur geschieht! Die Red.)

einige Erleichterung, solange er das Bett hütete. Aber kaum hatte er das Bett verlassen, so kehrten die Schmerzen in verstärktem Maße wieder. Das Hervortreten der Hüfte schien merklich verringert, aber von einer vollständigen Heilung war es noch weit entfernt. Das Hüften bestand noch fort, ebenso wie die Schmerzen. Herr Abbe Mangot stellte sich erneut am 22. April in meiner Konsultation vor, diesmal fast vollständig geheilt. Er erklärte mir, daß er seit seiner Walfahrt nach Lourdes die Schmerzen vollständig verschwunden sind, daß sein Allgemeinbefinden ausgezeichnet sei, der Gang sehr leicht. Folgendes stelle ich hiermit fest: Die Verküzung des Beines ist beträchtlich vermindert, das Hervortreten der Hüfte und die seitliche Verküzung der Wirbelsäule kaum noch bemerkbar, von Hüften fast keine Spur. Die Schmerzen sind gänzlich verschwunden. Ich betrachte den Kranken als geheilt und muß diese Heilung unbestritten einer wunderbaren Drogensubstanz zuschreiben.

Med., den 25. April 1888.

Dr. Reuß.

Dr. Reuß erklärt allerdings heute, daß das eine Festung gewesen sei, wie sie den Ärzten öfters vorkomme, aber a u f s e r g e w ö h n l i c h e r s e i e n. Das Wort „unbestritten“ sei zu Unrecht in das Attest gekommen. Sedenfalls stand der liberale Arzt Dr. Reuß im Jahre 1888 unter dem Eindruck einer Heilung, welche er nicht erklären konnte und die er deshalb als wunderbar bezeichnete; die Heilung stand im engsten Zusammenhange mit Lourdes. Und der sie konstatierte, war kein Heilfalter Arzt, sondern ein liberaler. Damit fällt auch die Wertschätzung in sich zusammen, als handle es sich um eine systematische Wundermache von gläubig katolischer Seite.

